

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/1854**

**Beschlussvorschlag von CDU und SPD für die Sitzung des Wirtschaftsausschusses
am 14. März 2007**

TOP 3, Ablehnung des integrierten Börsengangs der Bahn

Der Landtag unterstützt die Absicht der Bundesregierung, dass bei einer Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG die steuerfinanzierte Eisenbahninfrastruktur im Eigentum des Bundes bleiben muss. Die DB AG soll bis auf weiteres die integrierte Bewirtschaftung und Betriebsführung des Netzes wahrnehmen. In Kombination mit der bereits bestehenden Regulierungsbehörde, deren Aufgabenbereiche gegebenenfalls noch ausgeweitet werden müssen, wird der diskriminierungsfreie Wettbewerb gewährleistet.

Der Landtag erwartet, dass aus Sicht des Landes Schleswig-Holstein bei der Erarbeitung des Privatisierungsgesetzes maßgeblich zu berücksichtigen sind:

1. Die Sicherstellung von Bestand und Leistungsfähigkeit des Netzes auch in der Fläche,
2. der Ausschluss eines nachhaltigen Einflusses des Kapitalmarktes auf Schieneninfrastruktur und Verkehrsangebot,
3. die Gewährleistung der erforderlichen verkehrspolitischen Einflussnahmemöglichkeiten und
4. die Vermeidung einer stärkeren Belastung der Länderhaushalte.